

Mittwoch, 8. Juni 2022

# Klima-Erhitzung in der FDP

Präsident Thierry Burkart wollte die Konfliktlinien in der Energiepolitik glätten. Nun ersparte ihm die Fraktion haarscharf eine Blamage.

Benjamin Rosch

Man kann Thierry Burkart nicht vorwerfen, dass er einen Bogen um dieses unangenehme Thema macht. Schon kurz nach seinem Amtsantritt als Präsident der FDP Schweiz hat er die Energiepolitik erneut in den Fokus seiner Partei gerückt.

Ein leidiges Dossier für den Freisinn. Die FDP hat dazu unter Burkarts Vorgängerin Petra Gössi viele interne Konflikte öffentlich ausgetragen und sich nur mühsam auf eine grünere Linie geeinigt. Nur um dann dennoch die Abstimmung um ein neues CO<sub>2</sub>-Gesetz zu verlieren. Und alle Diskussionen wieder am Anfang aufzurollen.

Doch auch wenn die FDP an der Delegiertenversammlung in Montreux im Februar den Zusammenhalt feierte: Unter der Oberfläche bleibt der Konflikt zwischen einem grüneren und einem weniger grünen Flügel bestehen, wie sich dieser Tage eindrücklich zeigt.

Am Dienstagmorgen hat sich die FDP-Fraktion im Kommissionszimmer 3 des Bundeshauses zusammengefunden, um den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative zu diskutieren. Diese verlangt, dass die Schweiz per 2050 eine Netto-Null-Gesellschaft wird. Das Fernziel, eine umweltbewusstere Zukunft, ist eigentlich kaum bestritten.

Derzeit ringt die Politik aber um konkrete Massnahmen, und da wird es komplizierter. Am heissesten diskutiert wird aktuell ein Heizersatzprogramm, das ausgerechnet die FDP-Delegation in der Umweltkommission eingebracht hat. Während zehn Jahren soll der Bund Haushalte



Da schwor er seine Partei auf Einigkeit ein: FDP-Präsident Thierry Burkart an der DV in Montreux. Bild: Cyril Zingaro/Keystone (12. Februar 2022)

mit je 10 000 Franken unterstützen, die ihre Gasheizung gegen eine Wärmepumpe austauschen. Kostenpunkt: zwei Milliarden Franken.

In der FDP-Fraktion war dieses Geschäft heftig umstritten. Staatliche Subventionen, um eine bestimmte Technologie zu fördern – das widerspricht einer strengen Auslegung des Liberalismus. Der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen hält mit seiner Meinung denn auch gar nicht hinter dem Berg: «Ich finde solche Subventionen nach Giesskannenprinzip in einem

gesättigten Markt für völlig fehlgeleitet. Ich werde dagegen stimmen.»

Susanne Vincenz-Stauffacher hingegen ist froh, dass sich die Fraktion schliesslich zu einer knappen Ja-Parole durchgerungen hat. «Es waren intensive Diskussionen», sagt die St. Gallerin. Das Abstimmungsergebnis sei zwar nicht komfortabel, zeuge aber von einer stabilen Partei.

Gemäss Informationen dieser Zeitung waren die FDP-Nationalräte und -Nationalrätinnen dem Klimaschutz aufge-

schlossener als ihre Kollegen im Ständerat. Gut möglich, dass das Geschäft dort nochmals verändert wird und beispielsweise die Laufzeit oder die bereitgestellten Gelder für das Heizersatzprogramm gekürzt werden.

## Benzinsubvention: Erst im zweiten Anlauf

Hat die FDP den Lackmest in Sachen Klima also bestanden? Kaum. Wer sich in der Fraktion umhört, erhält den Eindruck, dass die Fronten nach wie vor verhärtet sind. Speziell eine Episode aus der jüngeren Vergan-

genheit gibt zu reden: Die FDP verlangt nämlich in einer Fraktionsmotion, dass der Bund infolge des Ukraine-Kriegs Brenn- und Treibstoffe für Private und Unternehmen bezuschusst.

Das geforderte Entlastungspaket steht ziemlich quer zur Klimadebatte rund um die Gletscher-Initiative und, so monieren einige FDP-Mitglieder, auch zum eigenen zuletzt eingeschlagenen Kurs.

Mit etwas Ironie kann man sogar Parallelen zwischen den zwei Geschäften erkennen. Schliesslich geht es um staatli-

che Subventionen für eine bestimmte Technologie: einmal für Solarkraft, einmal für fossile Brennstoffe. Nur dass die beiden Flügel ihre Argumente jeweils dem Energieträger anpassen. So kann Subventionskritiker Wasserfallen einem Unterstützungspaket für Benzin durchaus Positives abgewinnen.

Pikant ist dabei: Es war unter anderem Parteipräsident Thierry Burkart persönlich, welcher sich für eine Benzinsubvention starkgemacht hat. An einer Fraktionssitzung vor einigen Wochen soll dies zu grossen Diskussionen geführt haben: In einer ersten Abstimmung versagte die Fraktion ihrem Präsidenten gar die Unterstützung.

Die nötige Zweidrittelmehrheit kam erst dann zu Stande, als ein Nationalrat einen Rückkommensantrag stellte. Mit der Begründung, man könne doch den eigenen Präsidenten nicht dermassen desavouieren. Ausserdem, so die Unterstützer, wollten SVP und Mitte ähnliche Vorstösse einreichen – und bis die Motion ins Parlament gelangt, verstreiche ja nochmals Zeit. Zeit, in der die Emotionen abkühlen und Distanz schaffen zwischen Klima- und Ukraine-Diskussionen.

Das waren zwei Fehleinschätzungen. Zum einen hat der Nationalrat im Rahmen der Sommersession der Ukraine-Debatte eine Sondersession gewidmet, was dem Anliegen eine unverhoffte Dringlichkeit verlieh. Und zum anderen hat die SVP ihre Vorstösse auf einzelne Mitglieder abgestellt und die Mitte ihrerseits das Anliegen erst später eingereicht. Damit steht die FDP plötzlich einsamer da als ursprünglich gedacht.

## Stimmgeheimnis für Sehbehinderte

**Politische Rechte** Es gehört zu den demokratischen Grundrechten, dass die eigene Stimme anonym und geheim abgegeben werden kann. Doch das galt bisher nur eingeschränkt für Menschen mit Sehbehinderung. Sie sind beim Ausfüllen des Stimmzettels auf Hilfe angewiesen, wodurch die Stimmabgabe zwangsläufig nicht geheim ist. Zudem müssen sie der Person vertrauen, dass ihre Stimme korrekt übertragen wird.

Das soll sich nun ändern. Der Nationalrat hat gestern eine Motion der Staatspolitischen Kommission stillschweigend angenommen, welche den Einsatz von sogenannten Abstimmungsschablonen fordert. In diese kann der Stimmzettel hineingelegt werden, sodass nur noch das Feld für die Stimmabgabe frei bleibt. Damit ist es sehbehinderten Menschen möglich, den Stimmzettel selbstständig auszufüllen.

Die Staatspolitische Kommission geht davon aus, dass rund 80 000 bis 100 000 Betroffene die Abstimmungsschablonen nutzen werden. (aka)

## Nein heisst Nein: Ständerat verschärft Gesetz

Beim Sexualstrafrecht bahnt sich ein Paradigmenwechsel an. Für eine Verurteilung soll bei einer Vergewaltigung künftig ein Nein des Opfers reichen.

Reto Wattenhofer

Selten hinkt ein Gesetz der gesellschaftlichen Realität so weit hinterher wie bei der Vergewaltigung. Heute müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Ein Mann zwingt eine Frau erstens zum Beischlaf. Zweitens bedroht er sie dabei, übt Gewalt oder psychischen Druck aus, oder er macht sie widerstandsunfähig. Ein Nein des Opfers reicht nicht aus. Auch können Männer heute gar keine Opfer einer Vergewaltigung werden. Dies, weil der Tatbestand der Vergewaltigung keinen Anal- und Oralverkehr umfasst.

Im Ständerat war deshalb unbestritten, dass das heutige Gesetz nicht mehr zeitgemäss ist. «Es ist eigentlich ein Quantensprung», bemerkte Beat Rieder (Mitte/VS). Auch seine Urner Parteikollegin Heidi Z'graggen plädierte für ein «modernisiertes und verschärftes Sexualstrafrecht». Andrea Ca-

roni (FDP/AR) sprach von einem «Meilenstein». Damit werde eine «wichtige Lücke» geschlossen.

### Wann ist Sex einvernehmlich?

Trotzdem bleibt die Frage umstritten: Wann ist Sex einvernehmlich? Wie diffizil die Antwort ist, zeigt nur schon die Tatsache, dass die vorberatende Kommission zwei Jahre lang über dem Gesetzesentwurf brütete. Im Vorfeld der Debatte reduzierte sich die Reform auf die Frage: Genügt ein Nein, oder braucht es ein explizites Ja? Das sorgte auch bei Strafrechtsexperten für Kritik.

Geht es nach der Ratsmehrheit, sollen die Tatbestände der sexuellen Nötigung und der Vergewaltigung künftig auf der «Nein heisst Nein»-Lösung basieren. Künftig braucht es weder Gewalt noch Drohung oder psychischen Druck. Es genügt, dass der verbal oder nonverbal ge-

äusserte Wunsch des Opfers missachtet wird.

### Nein-Regelung greift nicht bei «Freezing»

Der Ratslinken ging das zu wenig weit. Sie fordert eine Zustimmungslösung nach dem Grundsatz «Nur Ja heisst Ja». Sexuelle Handlungen sollen auch strafbar sein, wenn eine explizite Zustimmung fehlt. Lisa Mazzone (Grüne/GE) verwies auf Vergewaltigungen, bei denen Opfer in eine Schockstarre – auch als «Freezing» bekannt – verfallen und wie versteinert sind. In diesen Fällen greife die Nein-Regelung nicht.

Dem widersprachen mehrere Redner. Rieder argumentierte, ein Gericht müsse das Nichtbestehen einer Zustimmung beweisen. «Ein Nichts können sie ja nicht beweisen», sekundierte Caroni. Daniel Jositsch (SP/ZH) betonte, die Zustimmungslösung schüre unrealistische Erwartungen. «Man streut den

Menschen Sand in die Augen.» Bei einer Vergewaltigung handle es sich meist um ein Vier-Augen-Delikt, das sich generell oft schwer beweisen lasse.

Das bestritt auch Eva Herzog (SP/BS) nicht. Die Beweisführung sei ungeachtet der Variante nicht einfach. Ihr ging es eher darum, die Grundeinstellung in den Köpfen zu verändern. Es sei wichtig, gegen die sich hartnäckig haltenden Frauenbilder anzukämpfen. Dazu zähle die Vorstellung, Sexualität mache Frauen dann Spass, wenn sie «genommen» würden. Die Geschlechter müssten sich auf Augenhöhe begegnen.

Unterstützung erhielt Herzog von unerwarteter Seite. Matthias Michel (FDP/ZG) sprach sich ebenfalls für die «Nur Ja heisst Ja»-Regelung aus. Er führte den gesellschaftlichen Wandel ins Feld. Das sehe er nicht zuletzt bei seinen vier Kindern, für die Sex ohne Zustimmung undenkbar sei.

## Auszeichnung für «Brückenschlag»

**Föderalismus** Das Forum per l'italiano in Svizzera erhält den Föderalismuspreis 2022. Das Forum ist die erste italienischsprachige Organisation die den jährlich von der CH Stiftung vergebenen und mit 10 000 Franken dotierten Preis verliehen erhält. Laut einer Mitteilung vom Dienstag drehten sich die Diskussionen in der Jury um die Bedeutung der Landessprachen sowie der Minderheitensprache. «Die italienischsprachige Bevölkerung ist ein wichtiges Puzzlestück im erfolgreichen «Modell Schweiz», wird Jurymitglied Pascal Broulis zitiert. Italienischsprachige schlagen laut dem Waadtländer Staatsrat in allen Landesteilen tagtäglich Brücken zwischen Sprachen und Kulturen.

Das Forum freut sich über diese «wichtige Auszeichnung», wie es in einer Stellungnahme heisst. Zehn Jahre nach der Gründung sei dieses nebst einer Plattform zum Austausch der angeschlossenen 38 Organisationen inzwischen auch ein «Sprachroh der italienischen Schweiz». (sat)